

Widerstand gegen Kriege und Kriegsvorbereitungen – Strategien der Friedensbewegung

Abschlussklärung des 32. Kasseler Friedensratschlages

Aktionsreiche Wochen liegen hinter uns. Die Palästina-Demonstrationen im September, die Friedensdemos am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart und Aktivitäten bundesweit gegen Militarisierung, für Abrüstung, Diplomatie und soziale Verbesserungen, haben die Friedensbewegung gestärkt, auch in einigen Teilen der Gewerkschaften. Das stimmt optimistisch, reicht jedoch bei Weitem nicht aus, den Kriegskurs der Regierung zu stoppen. Wir wollen eine größere gesellschaftliche Breite für Friedenspolitik erreichen.

So trafen sich nun bereits zum 32ten um die 500 Aktive der Friedensbewegung beim jährlichen Friedensratschlag am 8. und 9. November 2025 in Kassel. „Deutschland darf nicht kriegstüchtig, sondern muss friedensfähig werden“ war die zentrale Überschrift in den Debatten. Vor diesem Hintergrund wurden Fragen zu künftigen Strategien und inhaltlichen Schwerpunkten der Friedensbewegung in Kassel diskutiert.

Die massive Ausweitung von Kriegen und geopolitischen Auseinandersetzungen droht zu einer wachsenden Gefahr eines großen – auch nuklearen – Krieges zu werden. Der Widerstand gegen diese Kriege und kolonialer Ausbeutung ist international notwendig und muss gemeinsam geführt werden.

Die herrschende deutsche Politik ist Treiberin der Hochrüstung. Sie rüstet unbegrenzt auf und geht mit einer Vehemenz auf Kriegskurs, die 1945 kaum vorstellbar war.

Die Friedensbewegung steht deshalb vor großen Anforderungen.

Die Proteste der Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Sozialabbau stoßen auf den Widerstand derjenigen, die an Aufrüstung verdienen und den Sozialabbau gutheißen, das sind Rüstungskonzerne und Regierung. Die drohende Wehrpflicht und die umfassende Militarisierung der Gesellschaft erfordern starke Protestformen. Aktionen für ein Ende des Krieges in der Ukraine, der Militäraktionen gegen Venezuela und Lateinamerika sowie Proteste gegen Israels Kriege und gegen die Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung mit hier lebenden Palästinensern müssen verstärkt werden.

Die Friedensbewegung ist gefordert, aufzuklären, Fakten gegen Propaganda zu setzen und ihre Arbeit dort zu verstärken, wo die Auswirkungen der Kriegspolitik die Menschen ganz direkt betreffen, wie in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, den migrantischen Organisationen, bei den im Gesundheitswesen Arbeitenden, an Hochschulen und Schulen. Die Militarisierung wird als ‚Sicherheitspolitik‘ propagiert, dabei untergräbt sie die Sozial-, die Gesundheits- und Bildungspolitik, sowie die Infrastruktur. Sie schädigt den Lebensraum der Menschheit und den Klimaschutz massiv.

Die Politik der Kriegsvorbereitung geht einher mit Diffamierung und Repression von staatlicher Seite. Dagegen muss die Friedensbewegung Solidarität und Widerstand organisieren.

Friedensfähigkeit ist das Ziel. Wir rufen auf, an regionalen und bundesweiten Aktivitäten teilzunehmen und diese zu initiieren:

- für Abrüstung statt Sozialabbau
- für starke Ostermärsche
- für die Intensivierung der Unterschriftensammlung des „Berliner Appells“ gegen die drohende Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen
- für einen massiven Widerstand gegen die Wiedereinführung der „Wehrpflicht“ – die nichts weiter ist als eine Verharmlosung des Kriegsdienstes, auf den sie vorbereiten soll
- für die Widerlegung der Bedrohungslüge, das der Russe uns überfallen will, mit Fakten